



Fachbereich 11
Verkehr

Vereinte
Dienstleistungs-
Gewerkschaft

ver.di Bezirk Ruhr-West • Teichstr. 4 a • 45127 Essen

Bezirksregierung Düsseldorf
z.H. Frau Regierungspräsidentin
Birgitta Radermacher
Postfach 300865
40408 Düsseldorf

Rainer Sauer

ver.di Bezirk Ruhr-West
Teichstr. 4 a
45127 Essen

Telefon: 02 01 / 2 47 52-0
Telefax: 02 01 / 2 47 52-30

Datum	01.02.19
Ihre Anfrage vom	
Unsere Zeichen	RS
Durchwahl	- 16
Fax	- 30

Geplante Einsparungsmaßnahme beim ÖPNV in Mülheim an der Ruhr

Sehr geehrte Frau Radermacher,

der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr hat am 06.12.2018 beschlossen, dass im Bereich des ÖPNV jährlich fünf Millionen Euro eingespart werden sollen.

Dieses Vorhaben ist genau das Gegenteil von dem, was die Landes- und Bundesregierung derzeit an Akzenten und Maßnahmen zur Stärkung und zum Ausbau von Bus, U-Bahn und Straßenbahn unternimmt, um damit den Co2-Ausstoß zu verringern und den Autofahrerinnen und Autofahrern, denen in vielen Städten ein Fahrverbot droht, den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV zu ermöglichen.

Öffnungszeiten:
Mo, Mi, Do: 8.00-16.00 Uhr
Dienstag: 8.00-17.00 Uhr
Freitag: 8.00-12.00 Uhr

Gerade bei den aktuellen Debatten und Urteilen über Fahrverbotszonen für Diesel-Fahrzeuge sind die Kürzungen beim ÖPNV unerträglich.

Für viele Bürgerinnen und Bürger in Mülheim, die aufgrund des Dieselskandals künftig umsteigen müssen, erfüllen Bus und Bahn in Sachen Luftreinheit eine ganz wichtige Funktion. Für uns ist es unverständlich, wie Politik und Verwaltung darüber hinweggehen.

SEB Filiale Essen
IBAN:
DE53360101111000216200
BIC: ESSDE5F360
Sparkasse Essen
IBAN:
DE23360501050000218602
BIC: SPESDE3EXXX
Umsatzsteuer-
Identifikationsnummer
DE 215791684

Bereits in den vergangenen Jahren wurde der Nahverkehr in Mülheim scheinbarweise ausgedünnt - Linien wurden zusammengestrichen und Taktzeiten verschlechtert.

rainer.sauer@verdi.de
www.essen.verdi.de

Dies hat bereits spürbare Auswirkungen auf die Fahrgäste, denen weitere Verschlechterungen nicht mehr zugemutet werden können.

Damit wurden nicht nur Fahrgäste verprellt, auch das Fahrpersonal der Ruhrbahn am Standort Mülheim hat den großen Unmut immer wieder zu spüren bekommen und musste dafür herhalten, was die Politik an Kürzungsmaßnahmen beschlossen hat.

Bereits jetzt werden bei der Ruhrbahn jährlich zwei Millionen Euro an Defizit unter herben Einschnitten für die Belegschaft und die Kunden eingespart. Mehr Sparen geht nicht.

Die Ruhrbahn in Essen und Mülheim ist ein gemeinsames Nahverkehrsunternehmen, weitere Einsparungen in Mülheim werden sich daher auf das gesamte Unternehmen und auf alle Beschäftigten bei der Ruhrbahn auswirken. Die ganze Kürzungsdiskussion ist für das Fahrpersonal schon jetzt schädlich und einfach nicht mehr zu ertragen. Sie wirkt demotivierend und verschreckt zudem potenzielle Fahrgäste.

Ziel muss es sein, die Ruhrbahn endlich als ein leistungsstarkes, integriertes Verkehrsunternehmen nach vorne zu bringen.

Wenn die Politik und die Stadtspitze jetzt so weitermachen, ist bald kein ÖPNV mehr vorhanden, bei dem man den Rotstift ansetzen könnte. Dann fällt auf dem Betriebshof alles auseinander, Busse und Bahnen stehen still und die Belegschaft ist bei der unzumutbaren Arbeitsverdichtung dauerkrank. Ausbaden müssen das alles zukünftige Generationen - ein Szenario, das wir nicht zulassen werden.

Die Folgen des Sparens bedeutet eine nicht hinnehmbare Abwärtsspirale, und zwar weniger Sicherheit, weniger Service, noch mehr Ausfälle und größere Unzufriedenheit der Kunden.

Wer möchte, dass eine Stadt mobil ist, der muss sich einen guten ÖPNV leisten.

Der Nahverkehr ist nicht zu teuer, er müsste vielmehr noch stärker finanziert werden, um den Service zu verbessern und die Angestellten in Verwaltung, Fahrdienst und Werkstatt zu entlasten. Und genau zu diesem Mentalitätswandel der Politik in Mülheim müssen wir hin. Das ist gut für die Stadt, gut für die Menschen und gut für die Belegschaft!

Weitere Verschlechterungen im Bereich des ÖPNV darf es nicht mehr geben, wenn Mülheim auch zukünftig eine lebenswerte und attraktive Stadt sein soll.

Hierzu sei angemerkt, dass es uns zwar um den ÖPNV geht, wir in der Erhöhung der Grundsteuer B aber die Gefahr sehen, dass sich dies nachteilig auch auf Bus- und Bahnfahrten auswirken könnte. Denn die verringerte Kaufkraft führt zwangsläufig dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger ihr Ausgabenverhalten überdenken.

Dies nicht zuletzt, da Eigentümer die höheren Grundsteuerabgaben an die Mieter weitergeben und so dann auch die Mietpreise steigen.

Es muss doch für die Stadt und ergänzend auch für die Ruhrbahn andere Möglichkeiten geben, als das Angebot für die Fahrgäste so drastisch einzuschränken.

Die Kürzungen schaden der Stadt und ihren Menschen, der Wirtschaft sowie der Belegschaft der Ruhrbahn. Die Mobilität und der Wirtschaftsstandort Mülheim stehen auf dem Spiel. Die Lebensqualität von Mülheim an der Ruhr, und insbesondere die der Innenstadt, würde noch mehr leiden!

Sehr geehrte Frau Radermacher, für uns wäre interessant und außerordentlich wichtig von Ihnen zu erfahren, zu welcher Vorgehensweise Sie uns für eine Problemlösung raten würden, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Mülheim und der Beschäftigten der Ruhrbahn.

Wir hoffen, dass die Bezirksregierung den geplanten Maßnahmen, wie u.a. eine weitere Taktausdünnung, weniger Haltestellen und Linienkürzungen, nicht zustimmen wird. Diese und andere Maßnahmen, wie auch Stilllegungen von Straßenbahnstrecken, stehen im Raum. Es wird sich auch nicht rechnen, wenn auf der anderen Seite die geförderten Millionen an Landesmittel wieder zurückgezahlt werden müssten.

Sehr geehrte Frau Radermacher, weiterhin wären wir Ihnen für eine kurzfristige Beantwortung nachfolgender Fragen sehr dankbar:

1. Wie steht die Bezirksregierung dazu, wenn im Zuge von Einsparungsmaßnahmen Haltestellen, Straßenbahnstrecken z.B. der sogenannte „Kahlenbergast“ und/oder Buslinien wegfallen und Taktzeiten weiter verschlechtert würden?
2. Ist zu erwarten, dass Landesmittel zurückgefordert werden, falls geförderte Bereiche von Einsparungsmaßnahmen betroffen sein sollten?
3. Wie ist sichergestellt, dass der ÖPNV in Mülheim für Fahrgäste und Wirtschaft verlässlich bleibt?
4. Stimmt das Einsparungsvorhaben und die Beschlussfassung des Rates der Stadt Mülheim an der Ruhr vom 06.12.2018 mit der Ausrichtung der Landes- und Bundesregierung zum ÖPNV überein?

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Sauer
Gewerkschaftssekretär

Walburga Ludwig-Nikodem
Vorsitzende des Fachbereichs-
vorstandes Verkehr

Christan Boden
Vertrauensleutesprecher bei
der Ruhrbahn